

BBB-Pressemitteilung vom 13. Februar 2025

Einkommensrunde 2025 TVöD

Warnstreik in Ansbach – BBB erwartet ein faires Angebot von der Arbeitgeberseite

Nachdem die Arbeitgeberseite bei der ersten Verhandlungsrunde in Potsdam kein Angebot vorgelegt hat, versammelten sich heute auf dem Martin-Luther-Platz in Ansbach hunderte Beschäftigte aus den Fachgewerkschaften des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), um für ein faires Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen zu demonstrieren.

„Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes halten den Laden am Laufen – Tag für Tag und unter immer schwierigeren Bedingungen. Doch statt Anerkennung und ernstgemeinte Wertschätzung gibt es Blockadehaltung und Verzögerungstaktik. Das ist nicht hinnehmbar!“, kritisierte Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes, in seiner Rede auf dem Martin-Luther-Platz. „Wenn der öffentliche Dienst attraktiv bleiben und die Herausforderungen der Zukunft meistern soll, brauchen wir endlich ein Angebot, das dieser Verantwortung auch gerecht wird!“

Die Forderungen sind klar: 8 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 350 Euro monatlich, mehr freie Tage und mehr Zeitsouveränität.

Die nächste Verhandlungsrunde findet am 17. und 18. Februar 2025 statt. Der BBB erwartet von der Arbeitgeberseite endlich ein ernstzunehmendes Angebot.

Kernforderungen:

- Ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich zur Erhöhung der Entgelte (ggf. zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen).
- Drei zusätzliche freie Tage sowie einen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen.
- Die Entgelte u. a. der Auszubildenden sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.

Hintergrund:

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind über 2,6 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende und Auszubildende des Bundes (über 156.000) und der Kommunen (über 1.500.000) und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat. Hinzu kommen knapp 370.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter sowie fast 600.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes.